



Foto: Ingo Bartuse / stock.adobe.com

GEBÄUDEENERGIEGESETZ KOMMT

Die Standards sind relativ gering, doch es gibt neue Aufgaben für Kommunen.

PROF. HIRSCHL IM INTERVIEW

Der Wirtschaftsexperte erklärt, wann Städte und Gemeinden von erneuerbaren Energien profitieren.

SONNE WIRD PFLICHT

Eine Reihe von Bundesländern hat begonnen, zur Nutzung der Solarenergie zu verpflichten.



Foto: IÖW

Bernd Hirsch: Kommunen sind zu beteiligen

Prof. Bernd Hirsch leitet am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) das Forschungsfeld Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz. Er sprach mit Energiekommune über Bedingungen und Chancen der Wertschöpfung durch Erneuerbare.

Energiekommune: Wir wollen in den nächsten Monaten die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie überwinden. Dabei kommt zur Sprache, dies mit Klimaschutz zu verbinden. Aber was heißt das konkret insbesondere auf der kommunalen Ebene?

Bernd Hirsch: Wir sollten das tun, was wir auch ohne Corona tun müssten. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir für den vorgesehenen Ausbaupfad der erneuerbaren Energien deutlich bessere Rahmenbedingungen brauchen. Und dafür sind die verschiedenen Stellschrauben alle schon in der Diskussion. Es geht darum, die relative Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren weiter zu verbessern, indem wir die fossilen Energien verteuern. Das ist mit dem CO₂-Preis und dem Kohleausstieg ein Stück weit auf dem Weg. Außerdem müssen wir Hemmnisse für die erneuerbaren Energien abbauen. Denn insbesondere bei

der Windenergie ist der Zubau in wesentlichen Teilen zusammengebrochen. Bei der Photovoltaik haben sich Hoffnungsträger, wie zum Beispiel der Mieterstrom, nicht entfalten können. Da liegt einiges auf dem Tisch, was zu ändern ist. Und das muss gerade jetzt mit Hochdruck forciert werden. Denn dies sind Wirtschaftsbereiche, die auch in einer Lockdown-Phase florieren könnten.

Bei der Windkraft spielt die Akzeptanz eine große Rolle. Um dies zu erreichen, sollen die Kommunen stärker am finanziellen Erfolg beteiligt werden. Aber bringen Windparks nicht sowieso einen wirtschaftlichen Impuls in eine Region?

Dies ist leider nur unter gewissen Voraussetzungen so. Die Windenergie hat in ihren Anfängen eine ganz feste Verwurzelung in der Bevölkerung gehabt, entweder durch Einzelne, die in einer

Region tätig waren, oder durch Gruppen, durch Bürgerenergiegemeinschaften und Gemeinden. Aber mit zunehmender Professionalisierung, mit größerem Wachstum und nicht zuletzt durch das im Erneuerbare-Energien-Gesetz nun vorgeschriebene Ausschreibungsmodell ist das mehr und mehr und durchaus gezielt an den Rand gedrängt worden. Jetzt sehen wir kaum noch Bürgerenergie-Windkraftanlagen. Und damit steigen die Akzeptanzprobleme. Diese sind auch damit verknüpft, dass die Beteiligung der Bevölkerung sowohl im Planungsprozess als auch finanziell an den Projekten nicht in dem Umfang stattfindet wie es erforderlich ist. Während zum Beispiel in Schleswig-Holstein bei mehr als 90 Prozent der Anlagen diese Bürgerbeteiligung geglückt ist, haben wir den östlichen Bundesländern überwiegend Fremdinvestorenprojekte. Da ist vieles falsch gelaufen. Da hat es kaum Beteiligung bei der Planung gegeben. Da haben sich große Projektierer bei einzelnen Landwirten Flächen gesichert. Da kommen die Investoren von außerhalb. Und die Bürger und die Kommunen können sich die Anlagen nur ansehen. Das muss man grundlegend ändern. Das heißt, wir müssen als erstes eine gesicherte Betei-

ligung an Windkraftanlagen für die jeweiligen Standortgemeinden sicherstellen. Aktuell ist endlich ein längst überfälliger Gesetzentwurf in Planung, der sicherstellt, dass jede Kommune automatisch für jedes Windrad in ihrem Gebiet jährlich etwa 20.000 Euro erhält, ohne etwas dafür tun zu müssen. Damit entsteht dann zukünftig ein Anreiz, sich positiv in den Planungsprozess für Windkraft einzubringen.

Bedeutet das, dass die Kommunen derzeit keinen Vorteil haben, wenn ein Windpark bei ihnen installiert wird, zum Beispiel durch Gewerbesteuererinnahmen?

Wenn es sich nicht um eigene Flächen handelt, dann erhalten die Kommunen keine Pacht. Und wenn Sie einen professionellen Investor dort haben, gibt es jedenfalls in den ersten Jahren im Regelfall auch keine Gewerbesteuererinnahmen, wenn er sein Projekt entsprechend gestaltet. Kommunen können im Grunde für sich nur dann eine Wertschöpfung erzielen, wenn sie mit eigenen Unternehmen aktiv sind oder an der Investition selbst beteiligt sind oder dafür sorgen, dass eine lokale Bürgerenergiegesellschaft investiert.

Nun kann es Gemeinden, Städte und Kreise geben, die gerade jetzt sagen, dass sie im Bereich erneuerbarer Energien mehr tun wollen, um etwas für den Klimaschutz zu erreichen und einen wirtschaftlichen Impuls für ihre Region zu setzen. Wie können sie das selbst befördern?

Das Selbst-Befördern erfordert zunächst Beschlüsse auf der Gemeindeebene. Sie brauchen einen Bürgermeister oder einen Gemeinderat, der sich dafür interessiert. Nun gibt es aber viele Kommunen, die die Kapazitäten, die das Fachpersonal dafür gar nicht haben. Da können der Bund und die Länder helfen, indem sie die Kapazitäten stärken und Beratung anbieten. Es gibt dafür gute Beispiele. So ist in Thüringen eine Agentur des Landes aktiv, die im Bereich Windkraft Beratung für Kommunen und andere Akteure anbietet, und es gibt dort ein Label, das eine hohe lokale Beteiligung und Wertschöpfung auszeichnet.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte auf Ebene des Bundes, durch die ein regionaler Aufbau der Erneuerbaren wieder stärker angeschoben werden könnte?

Die verpflichtende finanzielle Beteiligung der Kommunen muss der Bundesgesetzgeber regeln, und das soll ja auch kommen. Wir haben schon in einzelnen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg Vorschriften dazu. Aber im Rahmen bundesweiter Ausschreibungen ist das ein Nachteil, denn die Projektierer in diesen Ländern haben dadurch zusätzliche Kosten. Auf der anderen Seite ist es wichtig, die Kapazitäten, aber auch die Kompetenzen in den Kommunen zu stärken. Und dafür müsste der Klimaschutz auch als kommunale Pflichtaufgabe verankert werden. Momentan sind einigen Kommunen, gerade den finanziell schwachen, hier die Hände gebunden, weil der Klimaschutz nicht zum kommunalen Pflichtkanon zählt. Wenn Kommunen über eine knappe Kasse verfügen, dürfen sie ihr Geld nur für die prioritären Pflichtaufgaben einsetzen. Sie dürfen nicht in Klimaschutz investieren, selbst wenn es einen positiven Return of Investment gibt.

Jetzt haben wir über die Kommunen gesprochen. Auf lokaler Ebene gibt es aber auch weitere Akteure, die die regionale Wertschöpfung voranbringen können. Wie lässt sich das anregen?

Der Anreiz, eine Photovoltaikanlage zu bauen, ist durch den Gesetzgeber in den letzten Jahren deutlich zurückgefahren worden. Man hat massiv, obwohl Solaranlagen immer billiger wurden, die Anwendungsfelder so unattraktiv gemacht, dass der Zubau eingebrochen ist. Und selbst der Eigenverbrauch in Verbindung mit Speichern entfaltet sich nur sehr langsam. Denn auch bei den Speichern hat der Gesetzgeber die bestehenden Hemmnisse noch nicht abgebaut und mit der Belastung des Eigenverbrauchs noch weitere hinzugefügt anstatt hier die Schleusen zu lösen. Wenn der Gesetzgeber aber das Erneuerbare-Energien-Gesetz so gestalten würde, dass die Wirtschaftlichkeit der Anlagen in den verschiedenen Segmenten wie Eigenverbrauch, Einspeisung,

Flächenanlagen, nur etwas verbessert wird – und dafür bedarf es nur marginaler Änderungen – dann wird sich sofort wieder ein Boom einstellen. Wenn ich dann parallel noch Kapazitäten zur Beratung aufbaue, die sich an Kommunen, Investoren, aber auch das lokale Handwerk richtet, dann könnte man so die regionale Wertschöpfung sehr gut voranbringen. Und schließlich würde man über den Abbau von Hemmnissen gerade für Eigennutzer und Mieterstrom auch aufgreifen, was durch die europäische Erneuerbare-Energien-Richtlinie vorgezeichnet wird, die den privaten und den gemeinschaftlichen Eigenverbrauch deutlich stärkt.

Nun müssen wir wirtschaftlich wieder in Gang kommen. Kann man sagen, was es einer Region bringt, wenn man erneuerbare Energien dort ausbaut?

Pauschal kann man das nicht beziffern, wengleich die Potenziale hier überall signifikant sind. Wir haben das für verschiedene Regionen exemplarisch durchgerechnet, doch es ist schwer das zu verallgemeinern, da jede Region ihren eigenen Mix und spezifische Voraussetzungen hat. Der entscheidende Punkt bei einer solchen Berechnung ist: Man darf sich nicht so sehr an den Anlagen an sich orientieren, denn das allein sagt nicht viel über die Wertschöpfung vor Ort. Die wichtige Frage ist, wem diese Anlagen gehören und welche Unternehmen daran beteiligt sind. Wenn Unternehmen aus der Region entlang der Wertschöpfungskette von der Planung bis zur Wartung daran beteiligt sind, generiert man Wertschöpfung für die Region. Und wenn die Anlagen dann auch noch Akteuren in der Region gehören, kann man maximale Wertschöpfung erreichen. Deswegen, um zum Ausgangspunkt zurückzukommen, ist kommunale Beteiligung der entscheidende Motivationsschub, um sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Das ist die Eintrittskarte, damit sich in den Regionen, wo sich die Fronten verhärtet haben und es an Akzeptanz mangelt, wieder eine Öffnung zum Dialog über den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien einstellt.

Interview: Andreas Witt

Energiekommune

Der Infodienst für die lokale Energiewende!

- monatlich aktuell
- für kommunale Akteure
- hilft zu vernetzen

Energiekommune – Der Infodienst für die lokale Energiewende erscheint monatlich. Er berichtet über aktuelle Energiethemen mit Handlungsrelevanz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunen, Stadtwerken, für Gemeinderatsmitglieder und viele andere Akteure der lokalen Zivilgesellschaft.

Zum Lesen gibt es zwei Optionen:

Als gedruckte Zeitschrift: Im Abonnement können Sie Energiekommune mit 12 Ausgaben pro Jahr für 49,- Euro bestellen.

Als E-Paper/PDF: Zum Preis von 29,- Euro erhalten Sie die aktuellen Ausgaben der Zeitschrift per E-Mail als PDF-Datei.



Verlag: Guido Brüer & Andreas Witt GbR, Bültestraße 70 b, 32584 Löhne, Tel. 05731 83460, Fax 05731 83469, www.energiekommune.info

Ich möchte die Zeitschrift Energiekommune gedruckt zum Preis von 49,- Euro für 12 Ausgaben abonnieren. *

Institution/Kommune/Firma

Straße

Telefon

Unterschrift/Datum

Name, Vorname

PLZ, Ort

E-Mail

Ich möchte die Energiekommune als E-Paper/PDF zum Preis von 29,- Euro pro Jahr abonnieren. *